



60.12 f



Landratsamt Garmisch-Partenkirchen

- Bauamt -

Landratsamt • Postfach 1563 • 82455 Garmisch-Partenkirchen

☎ (08821) 751-1 Telefax (08821) 751-383

✉ Stefan.Gugger@LRA-GAP.de

✉ Bauamt@LRA-GAP.de

An den
Markt Garmisch-Partenkirchen
Herrn 1. Bürgermeister Schmid o.V.i.A.
Postfach 1651
82456 Garmisch-Partenkirchen

Sachbearbeiter/in:

Herr Gugger

Telefon-Durchwahl:

(08821) 751-242

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Bitte bei Antwort angeben

Gebäude/Zimmer-Nr.:

Datum

60./2-sti
02.07.2009

31-6100

B / 107

06.10.2009

Bauleitplanung;

25. Änderung des Flächennutzungsplanes im Markt Garmisch-Partenkirchen Genehmigung nach § 6 BauGB

Anlage: 1 Empfangsschein g.R.
1 Verfahrensakt i.R.
9 Flächennutzungspläne i.R.
1 Begründung i.R.

Das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen erlässt folgenden

Bescheid

1. Die mit Beschluss des Marktgemeinderates vom 08.06.2009 festgestellte 25. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 02.07.2009 mit Begründung und Umweltbericht vom 01.12.2008 wird genehmigt.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Markt Garmisch-Partenkirchen. Er ist von der Zahlung von Gebühren befreit. Auslagen sind nicht angefallen.

Gründe

I. Sachverhalt

In der Sitzung vom 11.02.2008 hat der Gemeinderat des Marktes Garmisch-Partenkirchen die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Der Änderungsberich befindet sich zwischen Olympiastraße, St.-Martin-Straße und Achenfeldstraße und umfasst eine Fläche von ca. 1,3 ha.

Hausadresse und Hauptgebäude

Olympiastraße 10
82467 Garmisch-Partenkirchen

Besuchsanschrift Kfz.- u. Führerscheinstelle

Partenkirchner Str. 52
82490 Farchant

Besuchszeiten:

Mo. - Do. 8.00 - 12.30 Uhr
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr
Kfz.- u. Führerscheinstelle
zusätzlich Mi. bis 17.00 Uhr durchgehend
Bauamt: Nur donnerstags
8.00 - 17.00 Uhr
und im Übrigen nach Terminvereinbarung

Kreissparkasse Garmisch-Partenk.

Nr. 28001 (BLZ 703 500 00)
IBAN: DE8770350000000028001
SWIFT-BIC: BYLADEM1GAP

Postbank München

Nr. 292-802 (BLZ 700 100 80)

Der bisher als „Sondergebiet Land“ dargestellte Bereich wird in „Sondergebiet Tourismus“ geändert, um die Ansiedlung eines größeren Hotelprojektes zu ermöglichen.

In der Sitzung vom 08.06.2009 wurde die Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom 02.07.2009 mit Begründung und Umweltbericht vom 01.12.2009 festgestellt.

Mit Schreiben vom 02.07.2009 hat der Markt Garmisch-Partenkirchen die Genehmigung der Änderung beantragt.

II. Rechtliche Würdigung

Nach § 6 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 203 BauGB und § 2 Abs. 1 der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen bedarf die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes der Genehmigung durch das Landratsamt. Die örtliche Zuständigkeit des Landratsamtes Garmisch-Partenkirchen ergibt sich aus § 206 Abs. 1 BauGB.

An Hand der vorgelegten Unterlagen haben wir die Rechtmäßigkeit der Planung überprüft. Da sowohl das Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurde, als auch die Darstellungen nicht den geltenden Rechtsvorschriften widersprechen, ist die Genehmigung für die vorliegende Flächennutzungsplanänderung zu erteilen.

Die Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, bis zu welchem Zeitpunkt die Rüge der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder von Abwägungsmängeln beachtlich ist. Aus diesem Grund empfehlen wir, in die Bekanntmachung folgenden Text aufzunehmen:

„Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

- 1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und*
- 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und*
- 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,*

wenn sie nicht innerhalb von eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Änderung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind“.

Abschließend bitten wir Sie, 5 ordnungsgemäß ausgelegte Änderungen des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht sowie die Verfahrens- und Bekanntmachungsvermerke mit zusammenfassender Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB vorzulegen.

III. Kosten

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1, 2 und 4 des Kostengesetzes -KG-. Auslagen sind nicht angefallen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Bayer. Verwaltungsgericht, Bayerstraße 30, 80335 München, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.


Juppe
Regierungsrat

